

Richard Laufner

... nicht nur eine Frage von Kulturpolitik



Trabantenstadt Marburg-Richtberg – Neues Einsatzfeld für Kulturpolitik: die unwirtliche Stadt

EINLEITUNG

Im folgenden will ich auf das Verhältnis von kommunaler Kulturpolitik zur sogenannten Alternativkultur eingehen. Da die traditionelle Kulturpolitik in Form der Unterhaltung der klassischen Kulturtempel oft genug kritisch untersucht worden ist, werde ich verstärkt auf den Einfluß neuerer, reformistischer Ansätze zu sprechen kommen.

Gleich einige Worte zur Bezeichnung: Unter Alternativkultur verstehe ich in einem weiteren Sinne die Projekte, Gruppen und Initiativen, die mit der Ökologie-, Frauen- und linken Bewegung im kulturellen Bereich entstanden sind, wobei es gerade ein Charakteristikum dieser Bewegung ist, daß sie die strikte Trennung Politik – Kultur nicht vollzieht: Kulturläden, Mediengruppen, Theaterinitiativen, Stadtzeitungen etc. Mit neuen Ansätzen zur Kulturpolitik meine ich die vor allem von sozialdemokratischen Kulturpolitikern (Hilmar Hoffmann, H. Glaser u.a.) und Kulturfunktionsträgern vorgetragenen Konzepte zur Reform der kommunalen Kulturpolitik. (1)

Um das Verhältnis dieser Konzepte – im folgenden mit Neueren Ansätzen

zur Kultur-Politik = NKP abgekürzt – zur Alternativkultur bestimmen zu können, müssen beider Entstehung, Ziele, soziale und politische Träger untersucht werden. Erst dann läßt sich etwas über ihre Schnittfläche sagen, die von den einen als Feld der drohenden Integration verteuftelt, von den anderen als Bündnisbereich und Absicherung in offiziellen, einflußreichen politischen Organen willkommen geheißen wird. (2)

NEUERE ANSÄTZE ZUR KULTURPOLITIK

Zur Entstehung der NKP: Der wichtigste kulturpolitische Reformschub setzte 72/73 ein und stand noch ganz unter dem Eindruck der Reformphase der sozialliberalen Koalition. In die Konzepte gingen denn auch „klassische“ Reformmotive ein: Die traditionelle Kultur(-Politik) sei nur auf einen allzu geringen Bevölkerungsanteil zugeschnitten und damit nicht mehr demokratisch legitimierbar. Die in ihr produzierte und konsumierte Kultur sei außerdem nicht mehr in der Lage, sich mit den politischen, sozialen und psychischen Problemen der Gegenwart kritisch auseinanderzusetzen,

geschweige denn der immer weiter vordringenden Konsumkultur der Kulturindustrie, die sowohl individuelle psychische Identität als auch das staatsbürgerlich-politische Engagement „zersetze“, wirksam entgegenzutreten. Positiv gewendet: Es sei eine Kulturpolitik notwendig, die auf breitere soziale Gruppen abziele, die Voraussetzungen für eine individuelle Identität (Kreativität und Kommunikation) und den „mündigen Bürger“ (Weiterbildung, Partizipation und Kommunikation) schaffe. Damit war das Konzept der „Soziokultur“ umrissen, die nun durch die Reform der traditionellen Kulturinstitutionen (3) sowie die Schaffung neuer Kultur-Orte (Topoi) wie Kommunikationszentren, Kulturläden verwirklicht werden sollte.

Neben diesem stark bildungspolitisch geprägten wurde zunehmend ein weiterer Strang für die Neukonzeptionierung der Kulturpolitik wirksam: Die Notwendigkeit, die Auswirkungen der Krise der Städte politisch zu bearbeiten. Auf Kulturpolitik kam damit eine völlig neue Aufgabe zu, und zwar auf zwei Ebenen: Sie sollte eine bedrohlich werdende soziale Erosion und psychische Verelen-

dung, die durch Stadtbau, Trabantstädte und Zerstörung „gewachsener“ Strukturen produziert worden waren, auffangen und kulturell-kommunikativ kompensieren. Sie sollte weiterhin dazu beitragen, den Verlust urbaner Zentralität, der städtebaulich durch den Tertiärisierungsschub ab Mitte der 60er Jahre eingesetzt hatte, und der seine politisch-soziale Begründung im Niedergang und Funktionsverlust des städtisch-orientierten Bürgertums hat, durch die Einrichtung einer zentralstädtischen Kultur-Öffentlichkeit vergessen zu machen (Denkmalschutz, Fußgängerzonen, kommunikative Plätze, Spielaktionen, offenere und kommunikativere Kulturinstitutionen etc.)

Eine solche Bewältigung der städtischen Krise im kulturpolitischen Rahmen implizierte, diese Problematik a) auf eine kulturpolitische Ebene zu transformieren und b) sie kleinzuarbeiten. Zu a: Das Konzept der „Kulturlandschaft Stadt“ oder die „kulturelle Topographie“ der Stadt, wie sie gerade in den Schriften des Deutschen Städtetages formuliert wurden, zielt ja nicht auf die Beseitigung der für die städtische Kulturvernichtung verantwortlichen Strukturen, allerhöchstens auf deren Modifizierung (Bodenrecht, Verkehr), sondern auf eine spezifische Interpretation dieser Krise, die sie als kulturpolitisch überhaupt erst bewältigbar scheinen läßt – Begriffe wie Kommunikationsverlust, Identitätsverlust des Stadtbildes drücken dies aus. Schon das Leitbild einer urbanen Öffentlichkeit, das von dem Ideal klassischer bürgerlicher Öffentlichkeit abgezogen ist, konnte ja nur mehr kulturell anvisiert werden, da ihre materiellen Grundlagen angesichts der Internationalisierung der Ökonomie und der Zentralisierung der politischen Kompetenzen längst liquidiert sind.

Zu b: Mit diesem Pochen auf der lokalen Öffentlichkeit ist aber auch eine Kleinarbeit städtischer Krise verbunden, eine Tendenz, die jeder Kommunalpolitik oder bloß lokalen Demokratie zugrundeliegt, da sie – wie Offe sagt – die Verantwortlichkeit übergeordneter politischer und ökonomischer Instanzen dementiert. Diese Form von Kleinarbeit hat aber gerade in den letzten drei Jahren innerhalb der NKP durch die Forderung nach dezentraler Kulturarbeit einen weiteren Aufschwung erlebt. Deren Bedeutung ist ja ambivalent: Zum einen Anspruch auf Ausgleich von Disparitäten, vor allem was die infrastrukturell schlechter ausgestatteten Stadtteile mit entsprechender Sozialstruktur betrifft. Zum anderen ist Dezentralisierung – und das kommt ebenfalls in den NKP-Konzepten deutlich zum Ausdruck (4) – als Errichtung von lokaler Gemeinschaft und kommunikativ-kreativem Beisammensein eine Art Ersatz-Vergesellschaftung auf unterster Ebene und damit Ideologie. Denn ein solcher „Lokalismus“ verfehlt die Ebenen der wirklichen Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft. Staatsverdrossenheit und Unbehagen an politisch-ökonomischen „Superstrukturen“ sollen im soziokulturellen Nahbereich aufge-

fangen und fixiert werden. Symptomatisch die programmatische Aussage von Peter Glotz zur Schaffung einer neuen SPD-Kultur in einem ähnlichen Zusammenhang:

„Wir brauchen die Superstrukturen; wer glaubt, durch ihre Zerstörung ins Reich der Freiheit zu gelangen, ist ein Illusionist. Aber wir brauchen darunter auch funktionierende persönliche Beziehungen, zielorientierte Kooperationsangebote, die die isolierte bürgerliche Privatsphäre überschreiten.“ (FR 5.12.79) Während ich bisher hauptsächlich auf verschiedene konzeptionelle Stränge der NKP einging, möchte ich nun auf ihre Realisierung zu sprechen kommen.

Die NKP hat bisher vor allem in der legitimatorischen Zielbestimmung, also z.B. Wahlprogrammen und Verlautbarungen, außerdem in den wenigen bisher erstellten Kulturentwicklungsplänen der Städte ein stärkeres Echo gefunden. Ihr wirklicher Einfluß ist dagegen relativ gering. Das hat verschiedene Gründe:

- Die Finanzsituation der Städte hat sich in den letzten Jahren durch die Wirtschaftskrise noch verschlechtert, so daß die nötigen Mittel für entsprechende Reformen fehlten, Kulturpolitik selber Opfer der von ihr ausgeblendeten Ökonomie wurde.

- Die Lobby für solch eine Kulturpolitik innerhalb einer Kommune ist zu schwach, das traditionelle Wählerpotential der SPD, Facharbeiterschaft und technische Intelligenz ist kommunalpolitisch passiv und reagiert kaum auf entsprechende Angebote; eine eindeutig identifizierbare Zielgruppe innerhalb der Mittelschicht ist schwer auszumachen; häufig verläuft gerade hier eine Frontlinie zwischen Befürwortern und entschiedenen Ablehnern kulturpolitischer Reformen, wie sich am Beispiel der Frankfurter Kulturpolitik H. Hoffmanns nachweisen ließe.

- Die „kapitalistische Kulturrevolution“ etwa in Form von Städtebau, Kulturindustrie setzt der kompensatorischen Planung von Kultur enge Grenzen, d.h. NKP kann sich innerhalb der konkurrierenden kommunalen Ressorts hinsichtlich ihres Erfolges schwer legitimieren. (Unter bestimmten „Superstrukturen“ ist es eben nicht leicht möglich, persönlich funktionierende und SPD-konforme Mikrostrukturen zu erhalten oder zu produzieren!)

- Schließlich – und das ist bei der gegebenen politischen Situation möglicherweise der wichtigste Grund für die mäßige Resonanz: Die NKP birgt, da sie auf ein bestimmtes Maß an Partizipation, Kreativität und Selbsttätigkeit abzielt, immer auch die Gefahr, „überstrapaziert“ zu werden. So sind selbst für die SPD selbstverwaltete Kommunikationszentren oder paritätische Theatermitbestimmungsmodelle zum Risikofaktor geworden, da sie sich rasch gegen ihre Politik selber entfalten könnten, eine Gefahr, die die SPD bei der politisch prekären Lage in den Kommunen (Stimmeneinbußen in vielen Städten) und der meist konservativen Lokalpresse häufig nicht einzugehen bereit ist.

ENTSTEHUNG DER ALTERNATIVKULTUR

Was die Entstehung der wie oben umrissenen Alternativkultur angeht, möchte ich mich kurz fassen, da hierüber in letzter Zeit mehrere Arbeiten vorgelegt wurden. Sie vollzog sich auf verschiedenen Ebenen:

- Innerhalb der linken Bewegung war sie Resultat aus der Erfahrung mit dem Scheitern der dogmatischen Partei-Aufbauphase (v.a. K-Gruppen) in der Nachfolge der Studentenrevolte. Die dort tradierte Trennung von Kopf- und Handarbeit, Führer und Gefolgschaft, eigene Bedürfnisse versus Parteipolitik wurde zunehmend in Frage gestellt.

- Arbeitslosigkeit, politische Repression in Form von Berufsverböten und das Nicht-Aufgehen der politischen Identität im bürgerlichen Beruf verstärkten die Suche nach neuen Formen repressionsfreier und gebrauchswertorientierter Produktion und Zusammenlebens, die sich häufig an Stellen ansiedelten, die die Kulturindustrie und staatliche Politik brachliegen gelassen hatten.

- Die ökologische Krise erweiterte die Kritik am kapitalistischen Lebensmodell und schuf zugleich die Notwendigkeit bestimmter auch kultureller Antizipationen eines besseren Lebens. Basisinitiativen, Frauenzentren, Theatergruppen, Stadtzeitungen, Landkommunen etc. sind im Resultat verschiedene Versuche einer neuen kollektiven Identitätsfindung, die die Trennung privat und öffentlich sowie Politik und Kultur zu überwinden suchen.

ZUM VERHÄLTNISS NKP – ALTERNATIVSTRUKTUR

Die Frage taucht nun auf, inwieweit es fließende Übergänge, Schnittflächen zwischen der NKP und der politischen Alternativkultur und wo es offene Gegensätze gibt. Schließlich kann die NKP durchaus als „sensible“ kulturpolitische Strömung angesehen werden, die sehr wohl bestimmte Krisenerscheinungen und Widersprüche registriert und zu bearbeiten sucht.

Zunächst: Die Schwäche, d.h. mäßige Resonanz der NKP ist auch eine Schwäche der Linken, die den Staat (Kommune) nicht zu zwingen vermag, auf diesem Gebiet Reformen zu versuchen. Damit stellt sich die Gefahr eines Integrationsversuches von dieser Seite noch gar nicht, was die Alternativkultur allerdings nicht mit Freude erfüllen kann. Allerdings wäre es denkbar, daß der Staat/die Kommune bei einem Anwachsen der grün/bunten Bewegung sich gezwungen sähe, auf die Konzepte der NKP vermehrt zurückzugreifen, quasi als noch bereitliegende Kapazitäten, verstärkte Legitimationszweifel und politischen Protest aufzufangen. Dabei käme ihm entgegen, daß die Alternativkultur selber erst überwiegend auf lokaler Ebene operiert. Gemessen an der wirklichen Bedeutung, die linke politische „Superstrukturen“ wie die K-Gruppen tatsächlich beanspruchen können, ist diese Hin-

wendung zum Aufbau einer progressiven „Infra-Struktur“ sicherlich ein Fortschritt. Gemessen an der tatsächlichen Dynamik eines zunehmend international organisierten Kapitalismus gilt das gleiche, was oben über den „Lokalismus“ der NKP behauptet wurde: er kann diesem nicht auf der adäquaten Ebene begegnen. Auch dies ein Ausdruck der Schwäche, die erst durch ein Überwinden dieser Bornierung geleistet werden könnte, wozu erst zaghafte Ansätze vorliegen.

Eine weitere – unfreiwillige – Übereinstimmung NKP – Alternativkultur ist ihre Beschränkung auf den Reproduktionsbereich. Während die kompensatorischen kulturpolitischen Konzepte (etwa zur „Humanisierung“ der Stadt) auf eine legitimatorische Absicherung der kapitalistischen Produktionsweise und eine Kompensation der psycho-physischen Auswirkungen des Produktionsbereichs hinzielt (5), gälte es diese Trennung und Abschirmung zu durchbrechen. Bei der selber reformistischen Orientierung der westdeutschen Arbeiterbewegung, innerhalb derer das kapitalistisch-konsumistische Lebensmodell fast unumstrittene Hegemonie beanspruchen kann, sind einem solchen Durchbruch zumindest kurzfristig enge Grenzen gesetzt. Inwieweit die erstarkende gewerkschaftliche Kulturarbeit in der Lage ist, diese Situation zu ändern, bleibt abzuwarten.

So entwickelt die politische Alternativkultur in der BRD auch sein mag, ist sie dennoch nicht ohne weiteres in die Logik auch einer reformistischen Kul-

turpolitik einpaßbar: Selber auch Reaktion auf und Gegenprodukt zu sozialdemokratischer Politik, kann sie sich auf deren politische Verkehrsformen und Aktionshorizont nicht mehr einlassen. Das war gemeint, wenn eben von einer politischen Überstrapazierung der NKP die Rede war, die ja immer da auftreten kann, wo Elemente der Alternativkultur integriert werden sollen und partizipativ-reformistische Zugeständnisse ausgenutzt und „dynamisiert“ werden.

Zwischen Alternativkultur und kommunaler Kulturpolitik läuft also eine zumindest latente Konfliktlinie, was gleichwohl nicht heißt, daß kommunale Kulturämter das einzige Bezugssystem politischer Kultur sein darf, will sie sich nicht genau die Beschränkung auferlegen, die auch das Konzept der NKP als ganzes kennzeichnet.

KULTURPOLITIK UND ALTERNATIVKULTUR: AM BEISPIEL MARBURG

Zunächst einige grundsätzliche Fakten zur Situation: Marburg, Oberzentrum, hat 70.000 Einwohner, eine SPD/CDU Koalition im Magistrat und eine 10% starke DKP-Fraktion. Die Stadt ist sehr stark von der Universität geprägt: 14.000 Einwohner sind Studenten, in der Gesamtbevölkerung besteht ein überdurchschnittlicher Prozentsatz an Angestellten und Beamten. Auch die Wirtschaftskraft der Stadt ist geprägt durch die überragende Bedeutung des tertiären Sektors (2/3 aller Beschäftigten), wegen der Uni vor allem des öffentlichen Be-

reichs. Daraus ergibt sich die vergleichsweise außerordentlich geringe Wirtschaftskraft und damit verbunden die sehr schwache Finanzsituation der Stadt wegen des geringen Gewerbesteueraufkommens. Obwohl (oder gerade weil?) die oberzentrale Bedeutung Marburgs „vor allem auf seiner Bedeutung im Bildungs-, Kultur- und Verwaltungsbereich, weniger auf seiner Ausstrahlungskraft als Arbeitsplatzzentrum und Einkaufsort“ (7) beruht, liegt der Kulturhaushalt mitunter 1,5% (1978) unter dem Durchschnitt der bundesrepublikanischen Mittelstädte (2–3%) und Großstädte (4–5%). Hier die nach der Größe geordneten wichtigsten Ausgabeposten (in Klammern der Anteil, der durch Bundes- und v.a. Landesmittel und Einnahmen bestritten wird):

Gesamtetat 1.900 Tausend

Stadttheater, Konzert,	714 T (180*)
Musikpflege	
Vhs	520 T (350)
Büchereien	203 T (38)
Kirchliche Angelegenheiten	160 T (—)
Verwaltung und	
Sonstiges	152 T (23)
Heimatspflege	95 T (28)

*nicht enthalten: Zuschüsse für das Stadttheater

Auffallend ist das Vorherrschen der traditionellen Kultur, gerade das Stadttheater ist eine ganz und gar durchschnittliche Bühne; daneben ein relativ hoher



Neue Verbindung von Kultur und Ökonomie – Werbung für eine kultivierte (Einkaufs-)Stadt



Traditionspflege und Kleinbürgerkultur: Einladung zum Jubiläum einer Stadtteilgemeinde

Betrag für Kirche und Heimatpflege. Die Kulturpolitik zielt also von ihrer sozialen Zielgruppe her zumeist auf die in Marburg meist akademische Mittel- und Oberschicht ab, die ihre Kulturbeflissenheit in zahlreichen Kulturvereinen (Konzertverein, Künstlerkreis, Literaturforum) und Privatgalerien zum Ausdruck bringt. Daneben strebt sie die auch im Rahmen der NKP anvisierte städtische Kulturöffentlichkeit unter Ausnutzung der historischen Stadtstruktur, der Denkmäler, Kirchen und des sonstigen historischen Bestandes (Heimatpflegeetat) an. Letzteres hat im Falle Marburgs eine direkte Entsprechung in der Stadtentwicklungspolitik: Diese versucht mit dem in allen Medien verbreiteten Konzept „Marburg – Hochburg für Einkaufsbummler“ zu verhindern, daß Kaufkraft gerade des gehobenen Bedarfs nach Gießen oder Frankfurt abgezogen wird, eine Entwicklung, die durch den geplanten Schnellstraßenbau nach Gießen schwere Folgen für den innerstädtischen Einzelhandel hätte. Das Konzept versucht eine Art „Simultan“-Politik: Die Verbindung „bevölkerungsfreundlicher“ Maßnahmen (Bewahrung und Kultivierung des Zentrums durch Fußgängerzone, Objektsanierung, Denkmalschutz) mit den Interessen des Einzelhandels als Imagepflege Marburgs für Einkäufen mit Kultur-, Freizeit- und Erholungswert (8). Diese ökonomische Begründung schwingt bei vielen neueren kulturpolitischen Maßnahmen unterschwellig mit: etwa als Schielen nach den Überregionalen Feuilletons beim Plan, einen für die Stadt völlig überdimensionierten Literaturpreis einzurichten oder bei der Veranstaltung eines für die BRD bisher einzigartigen Pantomimenzirkus, durch den Marburg in die Kultursendungen der regionalen Rundfunk- und Fernsehkanäle kam. Dezentrale Kulturarbeit im Sinne der NKP gibt es in Marburg allerhöchstens in Gestalt der sogenannten Stadtteilgemeinden, die aber ein ausschließlich traditionalistisch-kleinbürgerliches Vereinsleben betreiben und auch nur geringfügig unterstützt werden.

Ein Kulturentwicklungsplan, von dem sich NKP-ler eine leichtere Durchsetzbarkeit dezentraler Kulturarbeit erhoffen, existiert in Marburg nicht; die Naturwüchsigkeit der Kulturpolitik kommt denn auch den entsprechenden Leuten zugute. Eine Erklärung, warum dezentrale Kulturarbeit kaum aktiv betrieben wird, liegt wohl darin, daß im Gegensatz zu Großstädten der psychosoziale Problemdruck in Marburg noch relativ gering und der Bestand an „gewachsener kommunikativ-kultureller Infrastruktur“ in Form der Stadtteilgemeinden noch groß ist. Wo diese allerdings nicht vorhanden ist, wie z.B. in der Trabantenstadt Richtsberg, wird allerhöchstens aus dem Sozialetat etwas Geld zur Beruhigung eines „sozialen Brennpunktes“ bereitgestellt.

Einziger Ansatzpunkt für ein wirklich innovatives Kulturprojekt war der Plan eines Kultur- und Freizeitzentrums, den der SPD-Kulturdezernent – von

der Hamburger Fabrik inspiriert – aufbrachte. Als sich an diesem Projekt aber auch politische Kulturgruppen beteiligen wollten, ließ der SPD-Oberbürgermeister diesen Ansatz stoppen, weil er fürchtete, daß ein solches offenes Zentrum von linksstehenden Gruppierungen über Gebühr politisiert würde. Ansonsten ist kommunale Kulturpolitik nur in der offeneren und kommunikativeren Darbietung der traditionellen Künste von den Reformvorstellungen der NKP beeinflusst (Musikbasar, Kunstmarkt, Sommermalschule...).

Das deutet auf die Schwäche derjenigen hin, die es bisher nicht vermochten, die Kulturverwaltung zu stärkeren Zugeständnissen zu zwingen. Das ist in Marburg vor allem ein studentisches Publikum, also eine für die Kommunalpolitiker wirtschaftlich nicht so attraktive und aktive Gruppe wie jene aufstrebende Mittelschicht, die heutzutage jeder Stadtplaner versucht, von den Umlandgemeinden ins Zentrum zurückzuholen, um Einkommenssteuer und Kaufkraft



Fußgänger- und Einkaufszonen: Simultane Kultur- und Wirtschaftspolitik



Vom SPD-Oberbürgermeister abgewürgt: Offenes Kultur- und Freizeitzentrum im „Alten Gaswerk“

abzuschöpfen. Im studentischen Bereich sind in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen zu einer politischen Alternativkultur gestartet worden: ein selbstgetragener Kulturladen, mehrere Zeitungsprojekte, Theatergruppen, Song- und Videogruppen etc., die oft im Zusammenhang mit Bürgerinitiativen stehen. Obwohl es immer wieder Anträge auf Bezuschussung und Unterstützung gab, ist es der herrschenden SPD/CDU-Koalition gelungen, diese Gruppen abzuschotten; gerade nach dem Scheitern des Kommunikationszentrum-Plans haben diese teilweise selber kommunalpolitisch eine Art Lagermentalität entwickelt. Diese wird mitgetragen durch die Begrenzung und Blockierung des sozialen Erfahrungszusammenhangs der studentischen Alternativkultur. Selbst die Ansätze eines DGB-Kulturarbeitskreises werden sehr stark von Studenten getragen. Lediglich im Bereich der Bürgerinitiativen kann diese Begrenzung schrittweise aufgebrochen werden.

Das Beispiel Marburg zeigt, wie wenig Resonanz kulturpolitische Reformvorstellungen haben und wie die Konfliktlinie Kulturpolitik – Alternativkultur durch eine Abschottung der letzteren aus dem kommunalpolitischen Bereich ausgelagert werden kann. Das sollte nicht dazu verleiten, Zugeständnisse in diesem Bereich zum alleinigen Gradmesser der Wirksamkeit und politischen Dynamik der Alternativkultur zu machen. Allerdings wird sich diese Alternativkultur nur im Medium der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung entfalten und nur so das ihr oft aufgedrängte Image einer bloßen Subkultur abstreifen können. Das aber ist nicht nur eine Frage von Kulturpolitik.

Anmerkungen

- 1) Die wichtigsten Veröffentlichungen: H. Hoffmann (Hrsg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik, Ffm 73 und Schwencke/Revermann/Spielhoff (Hrsg.), Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 74. Dazu kamen in den letzten Jahren die verschiedenen Schriften der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ Bonn, Bundeshaus.
- 2) So lautet die Kontroverse vor allem im Bereich der Kommunikationszentren.
- 3) Vgl. die Konzepte in den beiden unter 1) aufgeführten Büchern.
- 4) Dokumentation 4 der Kulturpolitischen Gesellschaft: „Kulturlandschaft Stadt – Beispiel Klein- und Mittelstädte“, Bonn 78.
- 5) Obgleich diese Produktionsweise ihr selber ständig Grenzen setzt in Form fiskalischer Krisen und Knappheit, in Form der ganzen kulturellen Pauperisierung, die ihr Tun immer zur Sisyphos-Arbeit macht.
- 6) entfällt
- 7) Stadtentwicklungsplan Marburg, Wiesbaden 75, S.W. 6.
- 8) Daneben wird versucht, dieses kulturelle Image für den Tourismus und neuerdings zur Profilierung als Kongreßstadt zu nützen.